

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

Gruppe DIE LINKE

Tuncer, Hasan

Nr.: A 18/0478-01

Status: öffentlich

Datum: 13.06.2018

**Kommunales Unterbringungs- und integriertes Wohnbegleitungs-
konzept**

**Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP sowie der Gruppe DIE LINKE und des Stadtverordneten Hasan
Tuncer zur Sitzung am 21.06.2018**

Beratungsfolge

Status	Gremium
Ö	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine umfassende Berichtsvorlage zur geplanten strategischen Aufstellung der Stadt Mülheim an der Ruhr zur Unterbringung von geflüchteten Menschen standort-detailliert zu erarbeiten.
2. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, ein integriertes Wohnbegleitungskonzept zu erarbeiten, welches eine sozialdienstliche Unterstützung zur Vermittlung und Betreuung von eigenverantwortlichen Mietverhältnissen beinhaltet.

Sachverhalt:

Vor dem Hintergrund stetiger/steigender Zuweisungen geflüchteter Menschen beschloss der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr am 10.12.2015 eine „Entwicklung von Standorten zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen 2016“ (Beschlussvorlage Nr.: V 15/0819-01).

Zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen wurden mobile Wohneinheiten errichtet. Begonnen wurde mit der Bebauung auf den Grundstücken Blötter Weg, Klöttchen / Vereinstraße und Oberheidstraße. Die Bebauung weiterer Grundstücke erfolgte im Rahmen der zeitlichen Umsetzungsmöglichkeiten. Hierzu zählten auch die Errichtung der Flüchtlingsdörfer an der Holzstraße 111 und der Mintarder Straße 55.

Die Verwaltung wurde dabei vom Deutschen Roten Kreuz und der Johanniter Unfallhilfe intensiv unterstützt. Die Tätigkeiten zur Versorgung, Betreuung und Sicherheit wurde anschließend von den Hilfsorganisationen erbracht. Um auch hier, wie an den anderen Standorten, für die Bewohner eine Selbstversorgung zu ermöglichen, beschloss der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr am 06.04.2017 den Umbau der Geflüchtetenländer Holzstr. 111 und Mintarder Str. 55 zu Gemeinschaftsunterkünften (Beschlussvorlage Nr.: V 17/0072-01).

Nach der letzten Information, Sachstandsbericht - Asylbewerber und Flüchtlinge in Mülheim an der Ruhr – am 26.04.2018 im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Berichtsvorlage Nr.: V 18/0214-01), befanden sich zum 31. März 2018 in Mülheim an der Ruhr 1.398 Asylbewerber und Flüchtlinge in einer kommunalen Unterbringung.

In der mündlichen Ergänzung zu diesem Sachstandsbericht wurde der Ausschuss auch darüber informiert, dass die vertragliche Vereinbarung mit der Johanniter-Unfall-Hilfe über den Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft Holzstr. 111 nicht über den 31.12.2018 hinaus verlängert werden soll. Begründet wurde dies mit der Aufgabe dieses Standortes. Rückläufige Zuweisungen seien hier ausschlaggebend gewesen.

Unverändert hoch ist im Sachstandsbericht der Anteil von sogenannten „Fehlbelegern“ ausgewiesen, die sich noch in einer kommunalen Unterbringung befinden.

Zum 31. März 2018 waren dies 702 Personen.

Da es absehbar ist, dass die Gestaltung der Übergänge von geflüchteten Menschen aus den Unterkünften in den Wohnungsmarkt auch in den kommenden Jahren eine permanente Aufgabe in den Kommunen sein wird, ist eine kommunale Konzeptentwicklung für eine integrierte Wohnunterbringung und soziale Begleitung erforderlich. Sie schützt unter anderem davor, dass Interimslösungen in der Unterbringung sich zu Dauerlösungen auswachsen, durch die sich sozialräumliche Problemlagen in der Kommune und eine soziale Marginalisierung anerkannter Geflüchteter verfestigt werden können.

Die Bereitstellung von Wohnraum erleichtert die Integration in den örtlichen Alltag. Sie begünstigt zudem das niedrigschwellige ehrenamtliche Engagement für geflüchtete Menschen in einem nachbarschaftlichen Rahmen und auch der Zugang zu und die Teilhabe an kommunalen Angeboten gestaltet sich besser. Dies gilt besonders für Kindergärten, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen.

Neben einem Konzept zu diesem Übergang, müssen auch Konzepte einer sozialen Begleitung greifen, um anerkannte Geflüchtete nicht sich selbst zu überlassen und die Erreichbarkeit für Unterstützungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Eine kommunale Konzeptentwicklung für eine integrierte Wohnunterbringung ist dementsprechend zu entwickeln und politisch zu beschließen.

gez. Dieter Spliethoff

Fraktionsvorsitzender

gez. Christina Küsters

Fraktionsvorsitzende

gez. Tim Giesbert

Fraktionssprecher

gez. Peter Beitz

Fraktionsvorsitzender

gez. Andreas Marquardt

Gruppensprecher

gez. Hasan Tuncer

Stadtverordneter

-

-

Anlagen: